

Altlasten der Vergangenheit

HOHENLOHE Im Landkreis gibt es 343 alte, teils vergessene Mülldeponien – Sie kommen die Kommunen teuer zu stehen

Von unserer Redakteurin
Katrin Draskovits

Das Erstaunen war groß, als Ende vergangenen Jahres dem Mulfinger Gemeinderat dargelegt wurde, dass eine alte, fast vergessene Mülldeponie, die beim Starkregen 2016 in eine Klinge gespült wurde, die Gemeinde teuer zu stehen kommen wird (wir berichteten). Dabei ist Mulfingen nicht alleine mit dem Problem. Bereits 2018 musste sich Forchtenberg mit demselben Thema beschäftigen. Kosten für die Gemeinde, abzüglich der Zuschüsse: 1,5 Millionen Euro für die Beseitigung am Flatterberg, rund 370 000 am Engelbach. Doch damit ist das Thema sogenannter Altablagerungen, also Flächen, auf denen ehemals Müll entsorgt wurde, im Hohenlohekreis noch lange nicht vorbei. Denn laut Landratsamt gibt es derzeit 1114 Altlasten. Dieser Über-

„Altlast ist nicht gleich bedeutend mit einer Umweltgefährdung.“

Sascha Sprenger



Ein Meer aus Müll und Schutt: So kann es aussehen, wenn der Müll, der verborgen in alten Deponien ruht, plötzlich freigespült wird. In Forchtenberg war das Ende Mai 2016 der Fall.

Foto: Archiv/privat

begriff unterteilt sich in Altstandorte, an denen mit umweltgefährdenden Stoffen umgegangen wurde und in Altablagerungen, also stillgelegte Deponien, auf denen Abfälle gelagert wurden. Und von letzteren gibt es in Hohenlohe 343. Doch was genau bedeutet das? Welche Gefahr geht davon aus, was wird unternommen und wo kommen sie her?

Wirtschaftswunder Um die Herkunft zu klären, braucht es einen Blick in die Geschichte der Müllentsorgung. Während in der Nachkriegszeit Rohstoffmangel herrschte und fast alles wiederverwertet wurde, änderte sich das in den 60er Jahren mit dem wachsendem Wohlstand des Wirtschaftswunders. Die Abfälle nur kurzlebiger Wirtschaftsgüter führten zu einer wahren Mülllawine. Meist wurde dieser Müll über hohe, steile Kanten einfach abgekippt: die Altablagerungen, um die sich nun einer kümmern muss. Ob es sich dabei um illegale oder genehmigte Müllkippen handelt, ist heute oft schwer nachzuvollziehen.

Doch was findet sich nun in diesen ehemaligen Mülldeponien? „Bei den Abfällen im Hohenlohekreis handelt es sich zum größten Teil um Bauabfälle und Erdaushub, verein-



Das Abtragen von gleich zwei freigespülten Deponien kostete die Gemeinde Forchtenberg fast 1,9 Millionen Euro.

Foto: Archiv/Ludwig

zelt auch um Hausmüll“, teilt Mathea Weinstock, Pressesprecherin des Landratsamtes Hohenlohe, mit. Nicht immer ist klar, welche Art von Müll hier genau abgeladen wurde. Zudem sind die Mengen, die an Altablagerungen anfallen, sehr unterschiedlich. „Zwischen einigen tausend bis zehntausend Kubikmetern,

Einzelfälle liegen auch deutlich darüber“, erklärt Mathea Weinstock.

Das Landratsamt kontrollierte in den vergangenen Jahrzehnten diese Altablagerungen „hinsichtlich ihres Schadstoffpotenzials“ und stufte sie entsprechend ein. Wird ein potenziell erhöhtes Risiko für Menschen, Pflanzen oder Tiere festgestellt,



Lange unentdeckt blieb die Altablagerung in Mulfingen.

Foto: privat

werden Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. Wie hoch die eventuelle Gefährdung ist, sei „einzel-fallabhängig und daher nicht pauschal zu beantworten“, so Landratsamtsprecher Sasha Sprenger. Er beruhigt jedoch: „Grundsätzlich gilt: Altlast ist nicht gleichbedeutend mit einer Umweltgefähr-

Beltersrot

Erst in den 70er Jahren wurde wilde Müllablagerung verboten und Deponien errichtet. Diese befanden sich am Anfang oft auf nicht versiegelten Böden, wodurch Schadstoffe in den Boden und somit das Grundwasser eindringen konnten. Um dies zu verhindern, wird etwa der zweite Abschnitt der Mülldeponie Beltersrot, in der ab Sommer 2022 eingelagert wird, genauestens auf seine Dichtigkeit überprüft, auch darf organischer Abfall seit 2005 nicht mehr in Deponien entsorgt werden, weil die Stoffe im Boden arbeiten. In Beltersrot können so pro Jahr 50 000 Tonnen Abfall gelagert werden. kad

„Dass in den vergangenen Jahren vermehrt Altablagerungen zu Tage kamen, liegt am Starkregen Ende Mai 2016. Hier wurden einige Klänge – und damit die Müllablagerungen – freigespült. Manche Problemstellen blieben lange Zeit unentdeckt, da sie an heute unzugänglichen Orten liegen.“

Lösungen Für die Kommunen gibt es bei Beanstandungen mehrere Möglichkeiten. Bei einem Aushub wie in Forchtenberg wird der Müll abgetragen und entsorgt und das Gelände im Anschluss wieder aufgefüllt. Doch im Landratsamt weiß man auch: „Aufgrund der hohen Kosten für eine solche Maßnahme werden auch andere Lösungen betrachtet.“ So etwa im Mulfinger Fall, wo nach einer Routinebegehung des Landratsamtes die problematische Klinge am Hohen Busch in Eberbach aufgefallen ist. Dieter Göller vom Technischen Amt Mulfingen berichtete damals dem Gemeinderat über die Art des Mülls: „Asbesthaltiges Material, Gummi, teerhaltiges Zeug.“ Aus Kostengründen entschied der Rat, die Klinge aufzufüllen und eine Umgehungsrinne für das Wasser zu bauen, um weitere Abspülungen zu verhindern. Trotz der günstigsten Variante werden auch hier 190 000 Euro anfallen, abzüglich der Zuschüsse.

In den kommenden Jahren werden also für die Hohenloher Kommunen weitere Kosten anfallen, um die Altlasten der vorherigen Generationen auszubaden. Oder, um es mit den Worten von Mulfingens Bürgermeister Robert Böhnel zu sagen: „Jetzt sind wir halt verdammt dazu, die Dinger für die Zukunft so zu gestalten, dass nichts passiert.“

Meinung „Nur übertüncht“

Meinung



Von Katrin Draskovits

Altlasten zuzuschütten verlagert das Problem auf die nächsten Generationen, findet unsere Autorin.

Nur übertüncht

Die Anzahl von über 300 Altablagerungen im Hohenlohekreis ist besorgniserregend. Rechnet man mit rund einer Million Euro Entsorgungskosten pro Ablagerung, kommen schnell horrenden, nicht zu stemmenden Summen zusammen. Die Sanierung solcher Müllhalden überfordert finanzschwache Gemeinden. Selbst wenn man diese Rechnung wesentlich niedriger ansetzt – etwa weil die Ablagerungen unproblematisch sind, oder sie doch günstiger zu beseitigen sind, da sie an einer zugänglichen Stelle liegen. Dies sollte jedoch kein Grund dafür sein, das Müllproblem den nächsten Generationen in die Schuhe zu schieben, indem der Müll einfach zugeschüttet wird. Hier darf nicht gelten „Aus den Augen aus dem Sinn“, denn der Müll, so unproblematisch er auch sein mag, wird sich nicht in Luft auflösen. Und wenn kleine Kommunen die fachgerechte Entsorgung nicht leisten können, dann müssen übergeordnete Stellen bei Land und Bund helfen. Immerhin wurden im Jahr 2018 vom Staat 72,9 Milliarden Euro für den Umweltschutz ausgegeben. Das ist nicht damit vereinbar, dass der Müll an der benachbarten Klinge einfach zugeschüttet wird in der Hoffnung, dass ihn der nächste Starkregen nicht wieder aufdeckt. Denn für dieses Vorgehen werden die nächsten Generationen uns verfluchen.

@ Ihre Meinung?
katrin.draskovits@stimmemediengruppe.de

Zahl der Omikron-Fälle steigt weiter

HOHENLOHE Das Landesgesundheitsamt meldet für Mittwoch 36 neue Corona-Infektionen im Hohenlohekreis. Damit sinkt die Siebentage-Inzidenz von 300,6 auf jetzt 255,4 pro 100 000 Einwohner. Der Landesdurchschnitt liegt aktuell bei einem Wert von 347,5. Allerdings sind diese Zahlen nur bedingt aussagekräftig: Wie das Landesgesundheitsamt nämlich ergänzend mitteilt, erfolgt die Berichterstattung mit Datenstand Mittwoch, 13 Uhr. Im Rahmen eines Programmupdates der Meldesoftware sei es zu einer technischen Störung gekommen. Dies hatte laut der Mitteilung zur Folge, dass die Meldedaten der einzelnen Gesundheitsämter ab 13 Uhr nicht in die Datenbank importiert werden konnten.

Laut Statistik des Landratsamtes ist derzeit im Hohenlohekreis die Altersgruppe der 20- bis 29-Jährigen (23,4 Prozent) am stärksten von Infektionen mit dem Corona-Virus betroffen, gefolgt von den Zehn- bis 19-Jährigen (18,6 Prozent) und den 30- bis 39-Jährigen (15,9 Prozent). Fast keine Rolle im Infektionsgeschehen spielen nach der Statistik aktuell die Altersgruppen der 70- bis 79-Jährigen (nur 1,9 Prozent) und der Menschen im Alter ab 80 Jahren (nur 1,1 Prozent).

In der vergangenen Woche hat das Gesundheitsamt des Kreises zwei neue Ausbruchsgeschehen gemeldet. Bei beiden handelte es sich um private Treffen im Raum Öhringen. Mit Stand Dienstag, 11. Januar, liegen dem hiesigen Gesundheitsamt 93 laborbestätigte Omikron-Nachweise vor. Vorgangene Woche waren es noch 36 Omikron-Fälle gewesen. Die erste bestätigte Infektion gab es am 28. Dezember. rō

Standort-Entscheidung soll im Sommer fallen

Nach dem Ende des juristischen Widerstandes: Wie geht es nun weiter beim Netzbooster?

Von unserem Redakteur
Christian Nick

KUPFERZELL/STUTT GART Die Würfel beim Netzbooster scheinen gefallen – und dennoch ist nur verschwommen sichtbar, was auf den Oberflächen steht: Nachdem der Gemeinde der juristische Kampf nach einem Richterspruch des Oberlandesgerichts eingestellt hat (wir berichteten), scheint der Bau der 190-Millionen-Euro-Anlage besiegelt.

Ablauf Doch viele zentrale Fragen sind noch ungeklärt: Wie geht es nun in den kommenden Monaten weiter? Auf HZ-Anfrage skizziert Transnet-Pressesprecherin Claudia Halici die nächsten Schritte der Genehmigung im Rahmen des bald anstehenden Planfeststellungsverfahrens: Nachdem der Antrag des Übertragungsnetzbetreibers, der „im Sommer 2022“ bei der Genehmigungsbehörde – dem Regierungspräsidium Stuttgart – eingereicht werden soll, dort geprüft worden ist,

wird anschließend die Bevölkerung beteiligt: Die Planunterlagen werden in üblicher Manier öffentlich zur Einsicht ausgelegt.

Bürger sowie die Träger öffentlicher Belange können dann ihre Stellungnahmen einreichen. Danach soll es einen öffentlichen Erörterungstermin geben, ehe vom Regie-

rungspräsidium über die Genehmigung entschieden wird – und mit dem Bau des Leuchtturmprojekts der Energiewende begonnen werden kann. Mit dem Netzbooster soll die Sicherheit der Stromversorgung in der Zukunft sichergestellt und der Bau neuer Leitungs-Trassen auf ein Minimum begrenzt werden.



Quo vadis, Riesenbatterie? Viele Fragen sind noch offen: So auch die nach dem genauen Standort. Transnet skizziert nun den ungefähren Zeitplan. Visualisierung: Transnet

Erstmals macht der Projektierer auch – zumindest halbwegs – konkrete Angaben zum Abschluss der Standort-Wahl für das Pilotprojekt: Spätestens bis zum Sommer werde Transnet sich auf einen Platz festgelegt haben, „den wir favorisieren“, heißt es aus der Stuttgarter Konzern-Zentrale. Sprecherin Halici betont jedoch, dass die finale Entscheidung über die Fläche die Genehmigungsbehörde treffe.

Es zeichnete sich in den vergangenen Monaten ab, dass Transnet wohl den avisierten Standort direkt im nordöstlichen Anschluss ans örtliche Umspannwerk präferiert, für den die Gemeinde mittels eines Flächentausches den Weg geebnet hatte (wir berichteten). Ebenso gilt als wahrscheinlich, dass die Behörde dem Vorschlag folgen könnte.

Zeitplan Wann aber das Planfeststellungsverfahren nach den Sommermonaten tatsächlich begonnen werden kann – und wie lange dieses insgesamt bis zum Abschluss dau-

ern wird? Dazu gibt es noch keine definitiven Aussagen.

Auch über den Baubeginn und die Dauer der Arbeiten „können wir jetzt noch nichts sagen, da das abhängig von der Entscheidung der Genehmigungsbehörde ist“, so die Konzern-Sprecherin. Man will jedoch zunächst weiterhin am bislang angestrebten Datum der Inbetriebnahme im Jahr 2025 festhalten.

Dieser Zeitplan scheint jedoch angesichts des langsamen Fortgangs der Dinge und eines realistischerweise womöglich erst weit im Jahr 2023 startenden Beginns der Bauarbeiten zumindest sehr optimistisch definiert zu sein.

Unklar ist auch, wann der Vermittlungsausschuss wieder zusammentreffen wird: Nach monatelanger Pause tagte man zwar am 6. Dezember – allerdings nicht-öffentlich und primär, um organisatorische Fragen zu erörtern. Im ersten Quartal dieses Jahres soll aber auf jeden Fall eine weitere Sitzung des „Forum Energiedialog“ stattfinden.